

DIE RICHTIGKEIT DER PLANUNGSUNTERLAGEN
FÜR DEN VORGESEHENEN ZWECK WIRD
BESCHENIGT.

Wolfsberg den 4.2.1970



[Handwritten signature]
Vest. Vermessungsingenieur

LEGENDE:

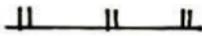
F- Festsetzung , D= Darstellung

- F  GRENZE DES PLANBEREICHES
- F  BAULINIEN
- F  BAUGRENZEN
- F  GRENZE VON GEBIETEN MIT UNTERSCHIEDLICHE BAULICHER NUTZUNG
- D  VORHANDENE GRUNDSTÜCKSGRENZEN.
- D  GEPLANTE, NICHT VORGESCHRIEBENE GRUNSTÜCKSGRENZEN
- F  BEGRENZUNG DER VERKEHRSLÄCHEN
- F  SICHTDREIECKE, VON SICHTBEHINDERNDEN PFLANZUNGEN, ZÄUNEN UND ANLAGEN ÜBER 0.8M, VON O.K. STRASSE, FREIHALTEN.
- F  PARKPLÄTZE
- F  FIRSTRICHTUNG

ART UND MASS DER BAULICHEN NUTZUNG:

- F 
 - WR REINES WOHNGEBIET
 - WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET
 - I ANZAHL DER VOLLGESCHOSSE
 - O OFFENE BAUWEISE
- | | |
|-----|-----|
| GRZ | GFZ |
|-----|-----|

 - GRZ GRUNDFLÄCHENZAHL
 - GFZ GESCHOSSFLÄCHENZAHL

 EINFRIEDIGUNG VON TOR UND TÜR FREIZUHALTEN, *Zugangsverbot zur Straße*

F DIE O.K. KELLERFUSSBODEN DARF. HÖCHSTENS 0.90 M UNTER O.K. VORHANDENEM GELÄNDE LIEGEN.
 D DREMPSEL BZW. KNIESTOCK MAX. 0,80M

D DACHNEIGUNG: IM BEREICH WR 30-45°
 IM BEREICH WA 25-30°

F IM BEREICH DER EINGESCHOSSIGEN BEBAUUNG IST ES MÖGLICH DAS DACHGESCHOSS ALS AUSNAHME GEM. BBAU § 31 ABS. 1 AUSZUBAUEN.
 DANN BETRÄGT DIE GESCHOSSFLÄCHENZAHL 0,5.

1. AUFGESTELLT IM AUFTRAGE UND IM EINVERNEHMEN MIT DER GEMEINDE ISENBÜTTEL.

GAMSEN, DEN 5. JUNI 1967

MANFRED R. NAPORRA
ARCHITEKT *Naporra*

9171 GAMSEN · IMMENWEG 18
TELEFON (0 53 71) 27 50

2. ÖFFENTLICH AUSGELEGT GEM. § 2(6) BBAUG. IN DER ZEIT VOM 22.3.69
BIS ZUM 30.4.1969 AUF GRUND DER BEKANNTMACHUNG VOM 12.3.1969

[Signature]
GEMEINDEDIREKTOR

3. AUFGESTELLT GEM. § 2(1) BBAUG. UND ALS SATZUNG GEM. § 10 BBAUG. UND § 6 NGO. VOM RAT DER GEMEINDE ISENBÜTTEL BESCHLOSSEN AM 2.7.1969
ISENBÜTTEL, DEN 29.12.69.

[Signature]

BÜRGERMEISTER



[Signature]
GEMEINDEDIREKTOR

4. DER LANDKREIS GIFHORN HAT KEINE BEDEUTEN.

GIFHORN, DEN 18. FEBRUAR 1970

DER OBERKREISDIREKTOR
IM AUFTRAGE:

[Signature]
KREISOBERBAURAT

5. GENEHMIGT GEM. § 11 BBAUG.

LÜNEBURG DEN

Genehmigt

gem. § 11 d. Bundesbaugesetzes
vom 23. 6. 60

Lüneburg, den 28. April 1970

Der Regierungspräsident
Dezernat für Städtebau und Ortsplanung

Az.: 214-Gi 62/7

Im Auftrage



[Signature]

